

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Marianne König (DIE LINKE), eingegangen am 30.04.2008

Situation der Milch produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe

Für die Verbraucher wird Milch immer teurer, gleichzeitig bekommen die Landwirte immer weniger Geld dafür.

Durch die Anhebung der Milchquote durch den Agrarministerrat am 16.03.2008 in Brüssel um 2 % befürchtet die bäuerliche Landwirtschaft hohe Einkommensverluste. Für die kleinen und mittleren Betriebe bedeutet ein Preis unter 43 Cent pro Kilogramm ein Aus.

Diese Betriebe können und wollen nicht mehr Stallungen ausbauen oder Milchquoten aufkaufen, um mehr Milch zu immer weniger Geld liefern zu können. Das bedeutet auch Kreditaufnahme und Zinsbelastung für die Betriebe. Auch wenn die Landwirtschaftskammer beim Ausbau der Produktionsstätte mit Zinseinsparungen wirbt, bleibt den Landwirten immer weniger Geld. Alternativ könnten die bäuerlichen Betriebe noch, um die eigene Existenz zu sichern, bei Haltung und Fütterung Kosten einsparen. Dies bedeutet aber Qualitätsverlust und ist unbedingt zu vermeiden.

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) hat seine Mitglieder bundesweit zur Situation befragt. 88 % der an der Umfrage beteiligten Mitglieder sprachen sich für einen Lieferstopp aus, wenn die zurzeit laufenden Preisverhandlungen der Molkereien mit dem Lebensmitteleinzelhandel unter die Abschlüsse des Vorjahres fallen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie verhält sie sich zu einem drohenden Milchboykott seitens der Milch produzierenden Höfe?
2. Hat sie, durch die Vertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel, sich prozessual an der Entscheidung der EU vom 16.03.2008 beteiligt, die Milchquoten zu erhöhen?
3. Was unternimmt sie, um kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, u. a. aus der Milchwirtschaft, zu stärken?
4. Hat es im vergangenen Jahr irgendwelche Anstrengungen ihrerseits gegeben, um Molkereien und Einzelhandel in Niedersachsen dahingehend zu beeinflussen, den Milch produzierenden Betrieben einen die Existenz sichernden Preis zu garantieren?
6. Wie beabsichtigt sie, sowohl die Existenzsicherung der Landwirtinnen und Landwirte als auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher eine zuverlässige Versorgung zu stabilen Preisen sicherzustellen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 07.05.2008 - II/72 - 29)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz
und Landesentwicklung
- 105.2-01425-56 -

Hannover, den 09.06.2008

Im Verlauf des Jahres 2007 hatte sich die Situation auf den Milchmärkten verändert. Der Anbietermarkt entwickelte sich zu einem Nachfragemarkt, Lagerbestände wurden abgebaut und konnten nicht mehr zum Ausgleich von Preisschwankungen herangezogen werden. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg sowohl der Erzeuger- als auch der Verbraucherpreise.

Daraufhin wurde in einigen Ländern, zu denen insbesondere Deutschland und Italien zählen, die Milchproduktion gesteigert, sodass die einzelstaatlichen Referenzmengen deutlich überschritten worden sind. EU-weit wird im abgelaufenen Milchwirtschaftsjahr jedoch mit einer Unterlieferung der Milchquoten von ca. 2 Mio. t gerechnet.

Im März 2008 hat der EU-Agrarministerrat eine 2 %ige Quotenerhöhung zum 01.04.2008 beschlossen. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass der Markt die erhöhten Milchmengen aufgrund positiv zu beurteilender Absatzprognosen ohne große Preiseinbußen aufnehmen könne. In Deutschland ist geplant, diese Milchquoten linear an aktive Milcherzeuger zu verteilen.

Niedersachsen war und ist wie die Bundesregierung nach wie vor der Auffassung, dass eine zeitweilige positive Marktentwicklung bei Milch wie im Verlauf des Jahres 2007 kein Anlass für übereilte marktpolitische Anpassungsmaßnahmen sein darf. Deutschland hatte daher im Agrarministerrat gegen eine Erhöhung der Milchquoten votiert und an seiner Forderung nach einem klaren Fahrplan für den Ausstieg aus der Milchquotenregelung und einem Gesamtkonzept einschließlich geeigneter Begleitmaßnahmen festgehalten. Nur so kann eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Milcherzeugung in Niedersachsen und darüber hinaus ermöglicht werden.

Die aktuellen Erzeugerpreissenkungen werden u. a. durch ein derzeitiges Überangebot an Milch erklärt. Weiterhin fehlen auf den Exportmärkten aufgrund des ungünstigen Euro-Dollar-Verhältnisses wichtige Impulse, die wiederum zu einem Warenrückstau führen und auf die Märkte drängen. Außerdem haben die Verbraucher auf die gestiegenen Preise mit Kaufzurückhaltung reagiert.

Die Situation der Milcherzeuger hat sich weiter durch extrem gestiegene Produktionskosten insbesondere in den Bereichen Futter- und Düngemittel sowie Energie verschärft, sodass der Mehrerlös durch die höheren Auszahlungspreise insbesondere in der 2. Jahreshälfte 2007 durch die Mehrkosten kompensiert worden ist.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Ich habe ausdrücklich Verständnis für die Kritik der Landwirte und des Berufsstandes an der aktuellen unbefriedigenden Preisentwicklung. Einen Lieferboykott halte ich für kein geeignetes Instrument, Forderungen, die langfristige Erfolge bringen sollen, durchzusetzen, da in das freie Spiel der Kräfte des Marktes einseitig eingegriffen wird. Nur konstruktive Gespräche mit allen Marktbeteiligten können hier ggf. für Besserung sorgen.

Zu 2:

Die Landesregierung hat sich intensiv unter Einbindung der Vertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel gegen eine 2 %ige Quotenerhöhung ausgesprochen.

Zu 3:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1788/2003 wurde die Milchquotenregelung bis zum 31.03.2015 festgeschrieben. Im Rahmen des Health Checks hat die Kommission keinen Vorschlag für eine Verlängerung der Milchquotenregelung gemacht. Somit läuft die Quotenregelung zu diesem Zeitpunkt

aus. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass dieser Quotenausstieg im Hinblick auf eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Milcherzeugung in Europa - und dies gilt auch für Niedersachsen - gut vorbereitet werden muss. Maßnahmen zur notwendigen strukturellen Anpassung auf betrieblicher Ebene und zur Aufrechterhaltung der Produktion insbesondere für strukturell und von der Natur benachteiligte Gebiete sowie für grünlandbetonte Standorte sind hierzu erforderlich.

Die Agrarminister der Länder haben deshalb auf ihrer Sonderagrarministerkonferenz am 2. Juni 2008 die Europäische Kommission aufgefordert, ihre bisherigen Vorschläge im Rahmen des Health Checks um ein konkretes Konzept samt dazu erforderlicher Finanzierung für Begleitmaßnahmen zu ergänzen und vorzulegen.

Niedersachsen unterstützt durch das bereits jetzt laufende Agrarinvestitionsförderprogramm, AFP, die hiesige Milchwirtschaft. Der Anteil, der speziell für Investitionen in der Rindviehhaltung und damit insbesondere für Milcherzeuger zur Verfügung steht, wurde ab 2007 von vorher 21 Mio. Euro auf insgesamt 25 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Damit fließen 60 % der gesamten Fördermittel des AFP an Rindvieh haltende Betriebe. Das sind pro Jahr 4 Mio. Euro mehr als in der vergangenen Förderperiode.

Darüber hinaus eröffnet das Niedersächsische Agrarumweltprogramm den Milcherzeugern neue Fördermöglichkeiten, die es bisher nicht gab. Diese Maßnahmen sind auch für intensiv wirtschaftende Milchviehhalter interessant, da anders als bisher nicht die gesamte Grünlandfläche in die Förderung eingebracht werden muss. Auch andere Maßnahmen aus dem Niedersächsischen Agrarumweltprogramm (z. B. Gülleausbringung) sind von den Milchviehaltern gut umzusetzen.

Zu 4:

Die Landesregierung kann weder Molkereien noch den Einzelhandel dahingehend beeinflussen, dass den Milcherzeugern ein „die Existenz sichernder Preis“ garantiert wird. Ein solcher Preis ist abhängig von diversen betriebsindividuellen Faktoren und hat somit nicht für alle Betriebe die gleiche Relevanz. Ein marktgerechter Preis leitet sich hingegen von den Erlösen der einzelnen Molkeerei - abhängig von deren Verwertungsrichtung unter den jeweiligen Rahmenbedingungen - ab. In einer sozialen Marktwirtschaft ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei der Preisbildung entscheidend.

Zu 5:

Fehlt.

Zu 6:

Aus Sicht der Verbraucher konnte in den Jahren bis Mitte 2007 von weitestgehend stabilen Preisen gesprochen werden. Dies war nur möglich, indem ein Paket von verschiedenen Marktordnungsmaßnahmen gegriffen und für ein relativ konstantes Verhältnis von Angebot und Nachfrage gesorgt hat. Diese Maßnahmen wurden seitens der EU immer weiter zurückgefahren, sodass nunmehr zunehmend der Markt den Preis bestimmt.

Die verbesserte Erlössituation für die Milcherzeuger im Verlauf des Jahres 2007 wurde insbesondere durch die stark gestiegenen Produktionskosten geschmälert. Im Hinblick auf eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Milchproduktion bleibt daher die Forderung an die EU-Kommission nach einem Gesamtkonzept mit entsprechenden Begleitmaßnahmen für eine „sanfte Landung“ aus der Quotenregelung bestehen. So wie die Landwirte müssen sich allerdings auch die Verbraucher auf häufigere Preisschwankungen einstellen.

Die niedersächsische Milchwirtschaft war bei einem Selbstversorgungsgrad für erzeugte Milch von 175 % schon immer auf den Export in andere EU-Mitgliedstaaten und darüber hinaus ausgerichtet. Demzufolge üben die Verhältnisse an diesen Märkten einen nicht unbedeutenden Einfluss auf den Erzeugerpreis aus.

In Vertretung

Friedrich-Otto Ripke